

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten in Kraft setzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die internationale Sicherheits- und Friedensordnung massiv erschüttert und nachhaltige Auswirkungen auf Deutschlands und Europas Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Die internationale regelbasierte Ordnung ist mehr denn je herausgefordert und die bereits durch die Corona-Pandemie und Lieferkettenunterbrechungen unter Druck geratene Wirtschaft wird nun durch massiv gestiegene Preise, vor allem im Energiebereich, aber auch bei Industrierohstoffen zusätzlich belastet. Es besteht die Gefahr, dass Teile der deutschen Industrie ins Ausland abwandern, hunderttausende Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfungstiefe in unserem Land verloren gehen und Deutschlands und Europas politischer und wirtschaftlicher Einfluss in der Welt weiter abnimmt. Dies würde vor allem autoritären Staaten wie China in die Hände spielen – Staaten, die ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf der Welt rücksichtslos und systematisch ausbauen.

Damit Deutschland und die Europäische Union (EU) international nicht den Anschluss verlieren und ihren globalen Gestaltungsanspruch untermauern, sind Reformen und Kraftanstrengungen in der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik dringend erforderlich. Deshalb müssen wir geopolitisch bedeutsame Partnerschaften festigen und ausbauen. Nur in Zusammenarbeit mit Wertepartnern werden der Erhalt der internationalen regelbasierten Ordnung und die Stärkung freiheitlich-demokratischer Gesellschaften in einer multipolaren Welt möglich sein. Dafür müssen wir unsere bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen vertiefen und neue Wirtschafts- und Handelspartnerschaften auf den Weg bringen. Handelspartnerschaften sind eine wichtige Grundlage für einen intensiveren politischen und gesellschaftlichen Dialog und zudem Kernelement zur Diversifizierung unserer Lieferketten und zur Stärkung der Resilienz unserer Volkswirtschaft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Wohlstandssicherung in unserem Land. Gleichzeitig ist die geostrategische Bedeutung von Freihandelsabkommen gewachsen.

Hierbei kommt dem lateinamerikanischen Raum, v.a. den Mercosur-Staaten, eine besondere Bedeutung zu. Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien,

Paraguay und Uruguay haben vor über 20 Jahren die Verhandlungen über ein gemeinsames Assoziierungsabkommen aufgenommen und im Juni 2019 wurde eine politische Einigung über den Handelsteil des Abkommens erzielt. Mit dem Abkommen würde mit über 700 Millionen Einwohnern eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Knapp eine Viertel Million Arbeitsplätze hierzulande gehen bereits heute auf Exporte in den Mercosur zurück. Durch den freien Handel mit den Mercosur-Staaten entstehen neue Exportchancen und Absatzmärkte für die europäische und deutsche Wirtschaft. Auch mittelständische Unternehmen könnten durch das Abkommen verstärkt an der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des rund 265 Millionen Konsumenten umfassenden Mercosur teilhaben.

Der Mercosur verhandelt derzeit zahlreiche Freihandelsabkommen mit anderen Ländern und Regionen. Sollte es der EU nicht gelingen, als erste Region das bereits ausgehandelte Freihandelsabkommen mit dem Mercosur zu ratifizieren, so verspielen Deutschland und die EU ihren First-Mover-Vorteil, es droht eine Standardsetzung insbesondere im Umwelt-, Arbeits- und Sozialbereich, die nicht den europäischen Interessen entspricht. Gleichzeitig würden EU-Produkte und -Dienstleistungen auf dem lateinamerikanischen Markt ins Hintertreffen geraten, weil sie weiterhin mit hohen Zöllen belegt und unter hohem Aufwand (v. a. nichttarifäre Handelshemmnisse) in die Mercosur-Staaten eingeführt werden müssten. Das würde die Wettbewerbsposition der europäischen Wirtschaft in Lateinamerika erheblich schwächen. Zudem würde die EU die Chance verstreichen lassen, die Mercosur-Staaten politisch enger an sich zu binden und bestehende demokratische Strukturen zu festigen.

Deutschland muss als eine der führenden Exportnationen der Welt und größte Volkswirtschaft in der EU ein natürliches Interesse an offenen Märkten, einer regelgebundenen internationalen Ordnung sowie einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung haben. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland einen strategischen Ansatz in der Außen- und Wirtschaftspolitik wählt und dem im Mercosur-Raum weit verbreiteten Wunsch, eine engere Partnerschaft zur Europäischen Union aufzubauen, endlich entgegenkommt. Die Bundesregierung ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefordert, die Ratifikation des EU-Mercosur-Abkommens auf europäischer Ebene aktiv voranzutreiben und alles dafür zu tun, die eher kritisch eingestellten EU-Staaten von der Notwendigkeit einer schnellen Ratifikation des Abkommens zu überzeugen. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung nach den erfolgten Präsidentschaftswahlen in Brasilien zeitnah mit der neuen brasilianischen Administration in den Austausch treten, um für einen baldigen Abschluss des Abkommens zu werben. Auch auf die Regierungen der anderen drei Mercosur-Staaten sollte die Bundesregierung in diesem Sinne zeitnah zugehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf europäischer Ebene und in bilateralen Gesprächen mit den Mercosur-Staaten mit Nachdruck für eine zeitnahe Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzutreten;
2. die tschechische EU-Ratspräsidentschaft – welche den Abschluss und die Ratifikation von Freihandelsabkommen zu ihrer Kernaufgabe erklärt hat – sowie die darauffolgende schwedische EU-Ratspräsidentschaft aktiv dabei zu unterstützen, dass die EU-Kommission schnellstmöglich den Entwurf eines Ratifikationsgesetzes für das Inkrafttreten des EU-Mercosur-Abkommens vorlegt;
3. die Handelspolitik der EU als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument anzusehen und sich für eine ambitionierte und regelbasierte Handelsagenda einzusetzen, die diesen geopolitischen Anspruch in Zeiten einer sich intensivierenden Systemkonkurrenz untermauert. Dabei muss eine Überfrachtung der Europäischen Handelspolitik mit sachfremden Themen vermieden werden;

4. die Europäische Kommission dazu anzuhalten, dass sie in den 27 EU-Mitgliedstaaten darauf hinwirkt, die im Rahmen eines EU-Mercosur-Abkommens eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die EU konsequent und engmaschig auf die Einhaltung von EU-Produktstandards zu kontrollieren, um einseitige Wettbewerbsnachteile für die europäische und deutsche Landwirtschaft zu verhindern;
5. zu würdigen, dass im vorliegenden EU-Mercosur-Vertragstext auch Vereinbarungen zum Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES) und zur Biodiversitätskonvention (CBD) enthalten sind, für deren Beachtung es bisher keine vertragliche Grundlage zwischen der EU und dem Mercosur-Raum gab;
6. anzuerkennen, dass es durch die Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens erstmals die Möglichkeit gäbe, die Berücksichtigung von CITES und CBD in den beiden Wirtschaftsräumen gemeinsam zu forcieren;
7. das geopolitisch sehr bedeutsame EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen nicht durch Rufe nach Zusatzvereinbarungen und Nachverhandlungen aufs Spiel zu setzen, sondern mit einer zeitnahen Ratifikation die Grundlage und notwendige Vertrauensbasis dafür zu schaffen, den Abkommenstext gemeinsam und auf Augenhöhe fortzuentwickeln und so die Verankerung weitergehender Standards, etwa im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu erreichen.

Berlin, den 13. Dezember 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

